U N G Ü L T I G

0289

431 – 680 05 Wi26/2
RD' [REDACTED] 2415

Berlin, den 15. August 2002

Vfg.: T:\[REDACTED] EU-Wirtschaft\Stabipakt\Hochwasser020815.doc

zolt es 16/8

Gemäß Schreiben
BK-A2 13-112 00-UN 43 NAG

Herrn AL 4

vom: *02.07.2003*

auf VS-Vertr. / VS-WFD *offen*

- zur Information -

herabgestuft *02.07.03 UA-15-04/03 VS-WFD*

Berlin, den *15*

Betr.: EU-Stabilitätspakt und finanzielle Hilfen für Hochwassergeschädigte

I. Sachstand

Bevor die KOM ein Verfahren nach Art. 104 EG-Vertrag (Defizit überschreitet die Schwelle von 3% des BIP) eröffnet, muss sie prüfen, ob der Referenzwert von 3% des BIP „nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwerts bleibt“. Im Stabilitätspakt wird spezifiziert, dass der Tatbestand „ausnahmsweise und vorübergehend“ dann erfüllt ist, wenn die Überschreitung der 3%-Schwelle durch „ein außergewöhnliches Ereignis, das sich der Kontrolle des betreffenden Mitgliedstaates entzieht“, hervorgerufen wurde.

II. Wertung

1. Es ist daher richtig, dass der **Stabilitätspakt Ausnahmen** für finanzielle Belastungen durch Naturkatastrophen kennt. Ausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) für die Hochwasseropfer würden daher bei der Beurteilung der D Haushaltslage durch die KOM entsprechend berücksichtigt werden.
2. **Nur gesetzt den** (bisher hypothetischen) Fall, dass D in diesem Jahr das gemeldete Defizit von 2,6% des BIP nicht halten können sollte und die **3%-Schwelle überschreitet**, würde die KOM mit großer Wahrscheinlichkeit **dennoch das Verfahren nach Art. 104 EG-Vertrag eröffnen** und dem Rat Bericht, Stellungnahme und Empfehlung vorlegen. In ihrem Bericht würde die KOM dann voraussichtlich darlegen, dass das Überschreiten der 3%-

UNGÜLTIG

0290

Schwelle in erster Linie konjunkturbedingt und nur zu einem geringen Teil auf die Hochwasserhilfen zurückzuführen ist. Bestätigt der Rat mit qualifizierter Mehrheit die Existenz eines exzessiven Defizits, muss er entsprechend EG-Vertrag dem Mitgliedstaat eine Frist von maximal vier Monaten zum Ergreifen "wirksamer Maßnahmen" sowie eine Frist zur Korrektur des übermäßigen Defizits setzen. Bei Setzen dieser Frist kann der Rat wiederum außergewöhnliche Umstände (wie bspw. Naturkatastrophen) berücksichtigen.

JA 15/8

~~_____~~